

Für Zusammenhalt in Vielfalt:

Die Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements gestalten

Präambel

Vor dem Hintergrund der hohen Zuwanderung nach Deutschland in den vergangenen Jahren und der Erkenntnis, dass Integration alle in Deutschland lebenden Menschen betrifft, entstand die Initiative kulturelle Integration, ein Bündnis von 28 Institutionen und Organisationen aus Zivilgesellschaft, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sozialpartnern, Medien, Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden. Gemeinsam formulierten die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration die 15 Thesen für „Zusammenhalt in Vielfalt“.

In der These 10 „Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie“ haben die Mitglieder formuliert: *„Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich und freiwillig in Vereinen und Verbänden. Sie übernehmen damit Verantwortung für andere und für die Gesellschaft. Sie setzen sich im Natur- und Umweltschutz, im Sport, in Wohlfahrtsverbänden, in Gewerkschaften, in der Kultur, in Kirchen und Religionsgemeinschaften, in Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, in der Kommune und anderswo ein. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist integraler Bestandteil eines subsidiären Staatsverständnisses, das zunächst die kleinsten gesellschaftlichen Einheiten in die Lage versetzt, aktiv zu werden. Bürgerschaftliches Engagement hat eine integrative Wirkung, denn auch viele Zugewanderte engagieren sich in Vereinen und Verbänden. Bürgerschaftliches Engagement ist aber kein Ersatz für staatliche Leistungen.“*

Für die Initiative kulturelle Integration umfasst der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements das Ehrenamt, die Freiwilligendienste, die Selbsthilfe und das freiwillige Engagement.

In diesem Papier rücken die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration das bürgerschaftliche Engagement als fundamentalen Bestandteil unserer Demokratie und zugleich Bereicherung des „Zusammenhalts in Vielfalt“ in den Mittelpunkt der Debatte. Insbesondere in Krisenzeiten wie der gegenwärtigen Pandemie leistet das bürgerschaftliche Engagement unter erheblich erschwerten Bedingungen einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl und die Solidarität untereinander und ist somit gerade jetzt besonders spürbar und erlebbar. Gleichzeitig erfahren wir einen Wandel des bürgerschaftlichen Engagements durch Individualisierung, Digitalisierung, Zuwanderung, den demografischen Wandel und die zunehmende Diversifizierung unserer Gesellschaft.

Die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration stellen fest, dass das einzigartig vielfältige bürgerschaftliche Engagement in unserem Land eine wichtige Säule für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stärkung der Demokratie bildet. Bürgerschaftliches Engagement gilt sowohl als Motor als auch als Indikator für Integration und Teilhabe. Es bietet Möglichkeiten der Vernetzung, des Austauschs, der individuellen Entfaltung und Entwicklung sowie der Verfestigung einer demokratischen Praxis. Zugleich sind aber auch Entwicklungen von Engagement sichtbar, zum Beispiel durch populistische Initiativen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Hierzu haben die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration mit der Resolution „Gegen Rassismus und Ausgrenzung! Für Zusammenhalt in Vielfalt!“ vom 16. März 2020 klar Position bezogen.

Historie und Begriffsklärung

Das Bürgerschaftliche Engagement in Deutschland hat vielfältige Wurzeln. Angefangen vom frühen Stiftungswesen über mittelalterliche Handwerkszünfte, bürgerliche Selbstorganisation seit der Reformation bis hin zum Bürgerengagement in Sprachgesellschaften des Barock, einem erstarkenden und selbstbewussten Bürgertum des 19. Jahrhunderts sowie einer kämpferischen Arbeiterbewegung. Bürgerschaftliches Engagement ist also bereits in seiner Historie breit gefächert. Die heute existierende Vielfalt

speist sich aus den unterschiedlichen Traditionen und hat verschiedene Begriffe für Engagementformen geprägt.

Subsidiaritätsprinzip

Das bürgerschaftliche Engagement ist integraler Bestandteil eines subsidiären Staatsverständnisses, eines unter anderem von der katholischen Soziallehre geprägten Prinzips, wonach zunächst kleinere Einheiten Aufgaben übernehmen und übergeordnete Instanzen erst aktiv werden, wenn diese um Unterstützung gebeten werden. Es ist daher essenziell in Kommunen, in Betrieben, in Vereinen, in Religionsgemeinschaften und anderen mehr. Bürgerschaftliches Engagement findet auf der lokalen Ebene, in den Städten und Gemeinden statt, entfaltet dort seine positiven Wirkungen und trägt zu Gemeinsinn und Zusammenhalt bei. Kommunen fördern daher zunehmend das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, in dem sie ermöglichende und unterstützende Rahmenbedingungen schaffen. Dort, wo sie zur Festigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und damit der Stärkung der Demokratie beitragen, sollten auch direkte demokratische Elemente wie zum Beispiel Bürgerbegehren und -entscheide und dialogorientierte Beteiligungsformen wie Bürgerversammlungen weiterentwickelt werden.

Bürgerschaftlich Engagierte gestalten das Gemeinwesen, sie übernehmen Verantwortung und stoßen Veränderungen an. Bürgerschaftliches Engagement kann aufrütteln, Missstände benennen und sich für die Bewahrung sowie für die Veränderung von Rahmenbedingungen für ein gutes Zusammenleben stark machen. Das ist gelebte Demokratie: Eigenverantwortung, Solidarität, Kompromissbereitschaft und das mühsame Bohren „dicker Bretter“.

Der Staat ermöglicht bürgerschaftliches Engagement und unterstützt es unter anderem durch das Gemeinnützigkeitsrecht. Auch wenn die Zivilgesellschaft viel und vielfältig Verantwortung füreinander übernimmt, ist bürgerschaftliches Engagement kein Ersatz für staatliche Leistungen.

Bindungskraft

Die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration sind sich einig, dass die traditionellen Engagementstrukturen, in denen die Verantwortung längerfristig und verbindlich organisiert ist, heute immer noch große Bindungskraft entfalten. Gleichwohl begrüßen sie, dass individuellere, flexiblere oder auch anlassbezogene Beteiligungsformen („communities of choice“) zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es ist ein Kennzeichen dieser beweglichen und oft spontanen Engagementformen, dass es ihnen gelingt, ein hohes Engagementniveau anlassbezogen und themenorientiert zu aktivieren. Etablierte Vereine und Verbände, die wichtige Beiträge zur Aufrechterhaltung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur leisten und die in den vergangenen Jahren zum Teil einen deutlichen Rückgang des freiwilligen Engagements verzeichnen, können durch vielfältige neue Engagementformen weiterhin ihre Position als Orte des Zusammenhalts stärken.

Mehr und mehr Organisationen stellen sich darauf ein und bieten neue Formen, Formate oder auch Mischformen für Engagement an. Die Veränderung von Engagement ist ein Zeichen für die Lebendigkeit der Engagementformen und sichert ihre Zukunft.

Teilhabe durch Vielfalt

Das bürgerschaftliche Engagement zeichnet sich in Deutschland durch unterschiedliche Engagement-Traditionen und eine einzigartige Vielfalt von Ausdrucksformen aus. Diese Vielfältigkeit ist unsere Stärke.

Unterschiede erklären sich unter anderem aus historischen Entwicklungen und Bedingungen des Stadt-Land-Verhältnisses, religiösen Prägungen, Migrationsbewegungen, der deutschen Teilung und dem demografischen Wandel.

Damit verbunden sind, je nach Herkunft und Sozialisation in verschiedenen Gesellschaftssystemen, unterschiedliche Erfahrungen mit subsidiären Strukturen.

Die Vielfalt der Möglichkeiten von Beteiligung und der damit verbundenen individuellen Teilhabe und gesellschaftlichen Integration durch bürgerschaftliches Engagement wird von Menschen nicht automatisch wahrgenommen. Sie bedarf der Vermittlung und der Erfahrung positiver Beispiele. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Engagementstrukturen neu aufgebaut werden bzw. auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels Bestand haben können. Menschen, die sich grundsätzlich zivilgesellschaftlich engagieren möchten, benötigen daher, differenziert nach Region und Sozialraum, gezielte Unterstützungs- und Beratungsmaßnahmen (zum Beispiel Freiwilligenagenturen; Gründung von Bürgerstiftungen; Stärkung der Kooperationsbeziehungen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft).

Der Strukturwandel des bürgerschaftlichen Engagements wird vielerorts von neuen jungen Initiativen, die projekt- und themenorientiert, zunehmend lokal ausgerichtet und weniger stark verbandlich organisiert sind, begleitet. Diese neuen Möglichkeiten durch individuellere und flexiblere Beteiligungsformen sowie digitale Beteiligungsprozesse spiegeln einen gesellschaftlichen Wandel hin zur Individualisierung und Digitalisierung wider.

Als Chance begriffen, bieten sie ein hohes positives Potenzial für neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe, insbesondere junger Menschen. Nicht zuletzt können sie auch die integrative Wirkung gesellschaftlichen Engagements stärken, etwa bei Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen, bei Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Einschränkungen oder mit einer sozialen Benachteiligung, in der Stadt wie auch auf dem Land. Diesen Wandel gilt es zu gestalten und seine Chancen zu nutzen.

Digitales Engagement

Für Engagementorganisationen stellt die Digitalisierung einen Strukturwandel dar, der sowohl Herausforderungen als auch neue Potenziale mit sich bringt. Das Internet und die digitale Vernetzung vereinfachen die Organisation und Kommunikation des bürgerschaftlichen Engagements, bergen aber auch die Gefahr, dass die bestehenden Unterschiede in der Gesellschaft durch ungleiche Zugänge und Voraussetzungen noch verstärkt werden. Das digitale Engagement ergänzt, aber ersetzt nicht den direkten analogen sozialen Kontakt.

Die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration würdigen die Chancen, die die Digitalisierung für das bürgerschaftliche Engagement und die soziale Integration, insbesondere von jungen Menschen bietet. Gerade mit Blick auf Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe sollte der Zugang zu digitalen Engagementstrukturen für alle Menschen jeden Alters, unabhängig von ihren geografischen, sozialen oder kulturellen Hintergründen, erleichtert werden.

Fazit

Die Initiative kulturelle Integration unterstreicht daher:

- Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann weder verordnet werden noch allein Aufgabe des Staates sein.
- Zusammenhalt in Vielfalt kann ohne bürgerschaftliches Engagement nicht gelingen.
- Dieses Engagement lebt von der Eigenverantwortung, der Selbstermächtigung und dem Gemeinsinn der Bürgerinnen und Bürger.
- Bürgerschaftliches Engagement ist eine Schule der Demokratie, der Toleranz, des gegenseitigen Respekts und des Kompromisses.
- Ob Ehrenamt, Freiwilligendienste, Selbsthilfe oder freiwilliges Engagement – durch das bürgerschaftliche Engagement gestalten Bürgerinnen und Bürger die Gesellschaft, den Staat und die Politik

aktiv mit und übernehmen Verantwortung für sich, für andere und für die Gemeinschaft.

- Darüber hinaus bedeutet bürgerschaftliches Engagement auch eine Bereicherung für das eigene Leben. Es bietet Möglichkeiten der Selbstentfaltung und bereichert damit die eigene Lebenserfahrung und -zufriedenheit. Auf diese Weise ist bürgerschaftliches Engagement ein zentraler Schlüssel für die kulturelle Integration aller in Deutschland lebenden Menschen.

Daher gilt es, sich aktiv dafür einzusetzen, bürgerschaftliches Engagement im Kontext des Wandels zukunftsfest zu machen und für neue Herausforderungen zu wappnen. Nach wie vor weisen traditionelle Engagementstrukturen große Bindungskraft auf, gleichzeitig lässt sich ein deutlicher Strukturwandel des bürgerschaftlichen Engagements hin zu Individualisierung und Digitalisierung feststellen. Dieser Wandel bietet große Potenziale für vielfältige Formen gesellschaftlicher Teilhabe und Integration.

Die Initiative kulturelle Integration regt daher an, dass:

- Bürgerinnen und Bürger die zentrale Bedeutung ihres Engagements vor Augen haben und weitervermitteln, insbesondere an die junge Generation,
- Akteure des bürgerschaftlichen Engagements den Zugang zu digitalen Engagementstrukturen für alle Menschen erleichtern und gleichzeitig die digitalen Formen der Teilhabe sinnvoll mit Möglichkeiten der persönlichen Begegnung und des Miteinanders verbinden,
- Zuwanderinnen und Zuwanderer durch Engagementstrukturen aktiv angesprochen und zu eigenem Engagement ermutigt werden,
- die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft und all jene, die vom Engagement profitieren, noch deutlicher ihre Unterstützung und Wertschätzung zeigen.